

Antrag Nr.: 0057/2009/AN  
Antragsteller: B'90/Grüne, GAL, gen.hd, FWV,  
SPD, CDU  
Antragsdatum: 24.06.2009

## Stadt Heidelberg

Federführung:  
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Beteiligung:

Betreff:

**Einrichtung einer zentralen Anmeldestelle  
für Krippen- und Kitaplätze bei der Stadt**

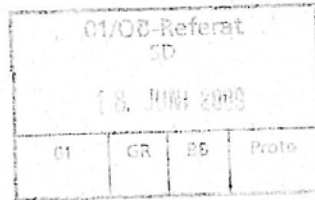
# Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	29.07.2009	Ö		
Jugendhilfeausschuss	14.10.2009	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	05.11.2009	Ö		
Gemeinderat	17.11.2009	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf den Seiten 3.1 f.**

Abbildung des Antrages:



Heidelberg, 17.06.2009

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs.3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

**Einrichtung einer zentralen Anmeldestelle für Krippen- und Kitaplätze bei der Stadt**

1. Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung wird gebeten, beim Kinder- und Jugendamt eine zentrale Anmeldestelle für Erziehungsberechtigte einzurichten, die ihre Kinder – unter drei und ab drei Jahren – in Heidelberger Betreuungseinrichtungen unterbringen möchten. Dabei soll es neben dem Abgleich der Anmeldungen über die verfügbaren Plätze in städtischen und privaten Kitas und Krippen darum gehen, die Eltern rechtzeitig über möglichst wohnortnahe Unterbringungsmöglichkeiten zu informieren. Die zentrale Anmeldestelle sollte nach den Sommerferien zur Verfügung gestellt werden.

2. Diskussion und Aussprache

Begründung:

Im Frühsommer diesen Jahres hat sich eine erhöhte Nachfrage nach Betreuungsplätzen in verschiedenen Heidelberger Stadtteilen gezeigt. Insbesondere in Kirchheim, Neuenheim, Handschuhsheim und Weststadt konnte die Nachfrage nach Kita – und Krippenplätzen in den jeweiligen Stadtteilen nicht ausreichend befriedigt werden. Dies lag an der mangelnden Platzkapazität in den Stadtteilen und dem Fehlen von

Abbildung des Antrages:

Informationen über verfügbare Plätze in den benachbarten Stadtteilen. Um die Bedarfsplanung zu optimieren und den Eltern unnötige Wege und Unsicherheiten zu ersparen, ist eine zentrale Anlaufstelle nötig. Die Eltern können dort ihre Wünsche – einschließlich möglicher Alternativen – angeben. Bis zu einem mit den freien Trägern zu vereinbarenden Stichtag könnten diese Meldungen gesammelt und die Eltern über die Sachlage informiert werden. Damit kann dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz – zumindest im Kindergartenbereich – besser Rechnung getragen werden.

**gezeichnet B'90/Grüne-Fraktion,  
gezeichnet GAL-Fraktion,  
gezeichnet gen.hd,  
gezeichnet FWV-Fraktion,  
gezeichnet SPD-Fraktion,  
gezeichnet CDU-Fraktion**